

L57 Videoüberwachung - Polizeigesetz NRW anpassen

Gremium: AK gegen Rechts

Beschlussdatum: 09.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab. Vielmehr bedarf
- 2 jede Videoüberwachung eine empirisch fundierte Begründung. Das Polizeigesetz NRW
- 3 werden wir anpassen.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:

Demokratie in der offenen

Gesellschaft - Mehr

Sicherheit mit unserer

Polizei:

bürger*innenorientiert,

professionell und gut

ausgestattet

Zeilennummer:

729

Begründung

Über die generelle Ablehnung einer flächendeckenden und anlasslosen Videoüberwachung muss klar sein, dass detaillierte empirische Erkenntnisse vorliegen müssen für den Einsatz von Videokameras im Einzelfall. Mit der Polizeilichen Kriminalstatistik können derzeit kleinräumliche Analysen, wie ggf. Verdrängungseffekte durch Videoüberwachung in Nachbarstraßen, nicht ausreichend abgebildet werden. Unter anderem §15a Abs. 1 des Polizeigesetzes NRW ist dahingehend zu schwammig formuliert muss angepasst werden.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Bert Lahmann (KV Köln); Leonie Bohn (KV Köln); Lukas Luchtrath (KV Köln); Sarah Brunner (KV Köln); Svenja May (KV Köln); Frank Jablonski (KV Köln); Hans Schwanitz (KV Köln); Kai Echelmeyer (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Katja Trompeter (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Floris Rudolph (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln)